

ÜBERRASCHEND, ODER?

Das Erwartete ist eingetroffen. Überraschend? Wohl kaum. Regierungspräsident Jürgen Büssow hat das Konzept zur Haushaltssicherung für das Jahr 2002 in Essen nicht genehmigt. Dazu wurde noch die Kreditrate von 47 auf 42 Mio. € gekürzt. Das bedeutet für die Essener Wirtschaft die Kürzung geplanter Investitionen in Höhe von ca. 20 Mio. €.

Diese Haushaltsmisere trifft nicht nur Essen. Auch die Haushaltssicherungskonzepte anderer Städte des Regierungsbezirks wurden abgelehnt. Bundesweit haben Städte Finanzprobleme, die Einnahmen der Kommunen gehen zurück, weil sich Konzerne auf der Grundlage von Entscheidungen der Bundesregierung von der Gewerbesteuerzahlung verabschieden.

In ihrer Haushaltsrede am 22.5.2002 ging die Sprecherin der PDS-Ratsgruppe, Gabriele Giesecke, auf dieses Thema ein: „Auf einem richtigen Weg befindet sich die Stadt, wenn sie für eine Gemeindefinanzreform eintritt.“ Eine Finanzreform wurde schon in der letzten Legislaturperiode in der rot-grünen Koalitionsaussage zugesagt, aber nur halbherzig angegangen. Das Prinzip „Bund und Länder beschließen, die Kommunen bezahlen und führen aus“ soll nicht angetastet werden.

Essen wurde mit einer Kommunalfinanzen-Fachtagung im Herbst 2001 aktiv. Mit einem von vornherein nicht genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept wollte die Stadt protestieren. Dennoch: Das Haushaltssicherungskonzept und der Haushalt berücksichtigen die Interessen der Großen und Starken in dieser Stadt. Die Kleinen und die Schwachen werden nicht gefragt und ihre Interessen werden mit Füßen getreten. Deshalb lehnte die PDS beides ab. Nun ist der unsoziale Haushalt Makulatur. Durch hin- und herschieben löst man die Finanzprobleme nicht. Der Rat sollte den Weg „soziale Stadt Essen“ gehen und sich dafür einsetzen, dass im Rahmen einer Gemeindefinanzreform die Großunternehmen sich wieder stärker an der Finanzierung des Lebens in der Kommune beteiligen – sie profitieren ja schließlich auch davon.

Hans-Jürgen Schwartz

Keine längere Ladenöffnung!

Auch Verkäufer/innen brauchen Wochenenden

Alle Jahre wieder, kann man in Anlehnung an ein Weihnachtslied sagen, beschließt der Ordnungsausschuss kein schönes Weihnachtsgeschenk für die Essener Einzelhandelsbeschäftigten. Ende letzten Jahres bestätigte er eine Vorlage der Verwaltung, nach der es 30 Fälle von Verlängerungen der Samstagsöffnung bzw. einer Sonntagsöffnung 2003 in Essen geben wird. Zu 26 aus 2002 übernommenen Terminen, kommen vier neue Beantragungen für 2003 dazu. Bereits für das Jahr 2002 mussten nichtigste Anlässe für die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten herhalten. Ein Beispiel dafür ist der „Bunte Herbst“ in Holsterhausen. Traditionell fand er immer an einem Samstag im September statt. In 2002 wurden einfach ein paar Stände auch für den Sonntag vorgesehen, um damit für den Sonntag eine Ladenöffnung begründen zu können.

Essen ist dabei in „unguter“ Gesellschaft. Die Bundesregierung will samstags Ladenöffnungen bis 20.00 Uhr ermöglichen, wie in der Woche. Die kommunalen Ausnahmegenehmigungen für längere Öffnungszeiten an Samstagen werden wahrscheinlich schon ab

April überflüssig sein. Dabei werden die Änderungen weder Umsatzsteigerungen noch neue Arbeitsplätze bringen, sondern nach allen Erfahrungen lediglich Käuferströme in die Abendstunden verlagern. Die Richtungen sind amerikanische Verhältnisse, Einkaufen von 0 bis 24 Uhr.

In jedem Fall geht die geplante Änderung des Ladenschlussgesetzes zu Lasten der Beschäftigten. Der Wert des Wochenendes für die Erholung, Familie und Freizeit wird weiter eingeschränkt. Bereits jetzt werden im Handel versicherungspflichtige Beschäftigte gegen nicht versicherungspflichtige Beschäftigte ausgetauscht. Diese Tendenz wird sich noch verstärken. Gleichzeitig werden kleine Einzelhändler in eine verstärkte Selbstausbeutung getrieben. Personal können sie aus Kostengründen nicht einstellen, aber bei den Öffnungszeiten müssen sie mitgehen, da sie sonst ihre Kunden an die großen Handelskonzerne verlieren. Die Großen in den Zentren der Städte werden dagegen die Gewinner sein. Jürgen Bessel, Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes Ruhr, spricht schon von einer einheitlichen Regelung für die Einzelhändler in der City.

Fortsetzung auf Seite 3 →

FORUM LINKE KOMMUNALPOLITIK

Mehr Druck auf Arbeitslose?!

Auswirkungen des Hartz-Konzeptes auf kommunaler Ebene

Die Arbeitsgemeinschaft linke Kommunalpolitik in und bei der PDS Essen will in Zukunft regelmäßig zum „Forum linke Kommunalpolitik“ einladen. Die Perspektive ist eine enge Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften in Essen in Richtung kommunalpolitischer Konzepte. Dabei sind wir daran interessiert, andere auch als Mitveranstalter/innen zu gewinnen. Im ersten Forum wollen wir uns mit den Folgen des inzwischen teilweise in Gesetze gegossenen Hartz-Konzeptes auf kommunaler Ebene auseinander setzen. Mehr Druck auf Arbeitslose, Job-Center und die angestrebte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden die Kommunen direkt berühren.

Dienstag, 4. Februar 2003, 19.30 Uhr
Zeche Carl, Wilh.-Nieswandt-Allee 100, E.-Altenessen (Konferenzraum)

Beiträge u.a. von Guido Grüner (Redakteur der Erwerbslosenzeitschrift „quer“, Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg), Mitgliedern des Erwerbslosenausschusses von ver.di und PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke

US-Leasing des EVAG-Netzes kein Grund zum Jubeln

PDS-Gruppe unterstützt Zusammenschluss gegen Cross-Boarder-Leasing

Im Juni hat die Ratsmehrheit das dritte Leasing-Geschäft mit Anlegern in den USA abgesegnet. Kurz vor Weihnachten wurden die Verträge in New York unterschrieben. Seitdem gehören die EVAG-Schienen nach US-Recht einem noch nicht einmal öffentlich gekannten Finanzkonsortium in den USA. Nach deutschem Recht sind die Schienen „nur“ für 99 Jahre verpachtet. Auch wenn die Stadt jetzt erst einmal 70 Mio. \$ einstreicht, sieht die PDS-Gruppe darin keinen Grund zum Jubeln. Solche globalisierten Geschäfte sind spekulativer Kapitalismus pur. Das Risiko tragen vor allem kommende Generationen. Keiner Mensch weiß schließlich, was in den nächsten 99 Jahren, der Laufzeit der Verträge, passiert.

Risiken bestehen sowohl in der Gewährleistungspflicht der Stadt als auch in möglichen Änderungen des US-Steuerrechts. In den USA laufen derzeit mehrere Klagen gegen Steuer-Ersparnis-Geschäfte, die auch heute schon am Rande der Legalität sind. Dabei kann das Steuerrecht in den USA auch rückwirkend geändert werden.

Sicher dürfte sein, dass das US-Finanzkonsortium, das die Investition getätigt hat, bei jedem Problem alles versuchen wird, sich schadlos zu halten. Denn für die US-Investoren geht es um riesige Summen, sie streichen den größten Teil des Steuergewinns ein. Experten gehen davon aus, dass die Städte bei den US-Lease-Geschäften rund 4 % der Investitionssumme erhalten. Das EVAG-Schienenetz hätte also einen Wert



Nach den EVAG-Straßenbahnen und der Messe Essen verhöberte die Ratsmehrheit die EVAG-Schienen nach US-Recht – am Cross-Boarder-Leasing des Kanalnetzes wird schon gearbeitet.

von rund 1,75 Mrd. \$. Die Investoren kassieren nach unterschiedlichen Schätzungen jedoch zwischen 10 und 35 % der Investitionssumme, im Falle des EVAG-Schienenetzes also 175 bis 612 Mio. \$.

„Wenn Stadtkämmerer Dr. Zierold sich damit beruhigt, dass die Verträge der Stadt gründlich geprüft wurden, so ist das wie das Pfeifen im Walde,“ erklärte PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke in einer Pressemitteilung. „Die politischen Gremien jedenfalls haben das Geschäft in keinsten Weise ernsthaft prüfen können. Ihnen lagen lediglich Papiere der Verwaltung vor. Einen Antrag der PDS, in dem die Vorlage der Verträge gefordert wurde, lehnte die Ratsmehrheit ab. Letztend-

lich haben die politischen Gremien also irgendwelchen international tätigen Anwaltskanzleien einen Blankoscheck ausgestellt.“

Die PDS-Gruppe unterstützt die Arbeitsgemeinschaft gegen kommunalen Ausverkauf, die sich kurz vor Weihnachten in Bochum gebildet hat. Die Arbeitsgemeinschaft, in der Mitglieder von attac, BUND und mehrere Ratsmitglieder aus dem Ruhrgebiet mitarbeiten, hat sich in einem Brief an die Regierungspräsidenten in NRW gewandt, in dem sie vor US-Leasing-Geschäften warnt. Unten einige Auszüge aus dem Brief, den die Regierungspräsidenten bis heute nicht beantwortet haben.

Wolfgang Freye

KEIN AUSVERKAUF KOMMUNALEN VERMÖGENS! BRIEF AN DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTEN IN NRW

In immer mehr Städten und Kommunen unseres Landes werden Schulen, Kanalnetze, Kläranlagen, Stadtbahnen- und -anlagen, Messehallen usw. in die USA verkauft bzw. Cross-Border-verleast. Es handelt sich um Dinge, die für unsere Daseinsversorgung wichtig sind und bereits von uns BürgerInnen über Steuern und Abgaben finanziert wurden.

Derartige Geschäfte – CBL bzw. US-Leasing – sind bereits im letzten Jahr vom niedersächsischen Innenministerium als riskant eingestuft worden (15/1705 15. Wahlperiode 02-03-07, Kleine Anfrage des Abgeordneten Thomas Rother, SPD) ...

Auch das bayrische Innenministerium stuft derartige Geschäfte mittlerweile als zu riskant ein. Innenminister Beckstein: „Ich habe Verständnis dafür, dass sich die Kommunen wegen ihrer knappen Finanzmittel um innovative Finanzierungsinstrumente bemühen. Solche Modelle, die vor allem von der privaten Wirtschaft zur Realisierung von Steuervorteilen entwickelt wurden, eignen sich aber nicht für Kommunen. Sie führen dort zu unkalkulierbaren Risiken, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nicht hingenommen werden dürfen. Außerdem entsteht in der Öffentlichkeit ein verheerendes Bild, wenn Kommunen auf Steuertricks hart an der Grenze der Legalität zurückgreifen und gleichzeitig von den Bürgern, die

ohnehin viel Steuern zahlen müssen, Ehrlichkeit und hundertprozentige Gesetzestreue verlangt wird.“ (Pressemitteilung, 5.12.2002)

Nach unserer Meinung führt schon das wenige, was über diese Regelungen bekannt geworden ist, zu der Schlussfolgerung, dass es sich bei den CBL-Verfahren um eine Übernahme kommunalen Anlagevermögens in den amerikanischen Einflussbereich handelt. Die Voraussetzung für die Erlangung des Steuervorteils nach amerikanischem Steuerrecht ist die Verschaffung des wirtschaftlichen (und damit auch rechtlichen) Eigentums ...

Nach unserer Auffassung liegt die Problematik solcher Verträge darin, dass die verantwortlichen Kommunalpolitiker mit dem Abschluss solcher Verträge massiv gegen ihre Pflicht verstoßen, die Selbstbestimmung für ihre Gemeinde aufrecht zu erhalten und die Daseinsvorsorge zu gewährleisten.

- Schreiten Sie als zuständige Aufsichtsbehörde ihrer Verantwortung entsprechend ein!
- Stoppen Sie sofort sämtliche Vertragsgespräche und Vertragsverhandlungen in den jeweiligen Kommunen! ...
- Lassen Sie die Verantwortlichen in den Kommunen, die offensichtlich auf Grund ihrer Finanznot die bestehenden Risiken nicht mehr sehen wollen/können, nicht ins Unglück laufen!

Arbeitsgemeinschaft gegen kommunalen Ausverkauf
c/o Reiner Gropp, Nordstr. 118, 47798 Krefeld – 02151-787980

PLANUNGSAUSSCHUSS

Keine Ersatz für „Ponyhof Adams“

Bei der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Entwicklung stand das Wohnungsbauprogramm 2001-2003 auf der Tagesordnung. Unbelehrbar verteidigte die CDU ihr Wohnungsbauprojekt, dass zunehmend nicht nur in die Kritik der betroffenen Bürger, sondern auch in die Kritik von Städteplanern und Umweltschützern gerät. Ungachtet der auf internationaler Ebene gegebenen Versprechen der Bundesrepublik, den Freiflächenverbrauch um ein Drittel zu verringern, heftet sich die CDU ihr Wohnungsbauprogramm als erfolgreiches Konzept gegen Einwohner-Verluste an die Brust.

Überhaupt nicht mehr nachzuvollziehen ist das Projekt Hemsingskotten/Duvenkamp. Hier soll ein seit vielen Jahren erfolgreich arbeitender Ponyhof, der gleichzeitig fast die Aufgabe einer für die Stadt kostenfreien Kindertagesstätte erfüllt, Wohnbebauung weichen. Bereits im letzten Jahr hatten Grüne, SPD und die PDS über einen gemeinsamen Antrag im ASP beraten und zumindest gehofft, für den Ponyhof eine Ersatzfläche zu finden. Der Antrag war der CDU noch nicht einmal einen Wortbeitrag wert. Mit ihrer Mehrheit im Ausschuss lehnten sie ihn rundweg ab.

In der WAZ/NRZ-Stadtteilzeitung Steele-Heisingen werden die Äusserungen des Ratsherrn Norbert Schick auf dem Neujahrsempfang der CDU in Heisingen noch so dargestellt, als sei die CDU für die Planung nicht verantwortlich und hätte die Verwaltung schon beauftragt, nach einer Ersatzfläche zu suchen.

Heinrich Hellwig

BEZIRKSVERTRETUNG IX

Motorradtreff erhalten!

Die PDS-Gruppe hat sich für einen Erhalt des Motorradtreffs am Haus Scheppen ausgesprochen. Sie lehnt den Vorschlag der Bezirksvertretung IX ab, sowohl Autos als auch Motorräder von dem jetzigen Platz mit zwei Kiosks direkt am Baldeneysee auf die 300 bis 500 m entfernten Parkplätze am Hang zu „verbannen“. Für den Motorradtreff würde das „Aus“ bedeuten. Die Parkplätze am Hang sind nur teilweise befestigt und für Motorräder nicht geeignet, weil sie leicht „wegkippen“ würden. Eine neue Decke würde 200.00 – 350.000 Euro kosten.

Die PDS ist wie die Bezirksvertretung dafür, einen der schönsten Plätze am Baldeney-See allen Einwohner/innen zur Verfügung zu stellen. Gerade deshalb sollte jetzt nicht auf kaltem Wege eine Verdrängung der Biker/innen versucht werden, nachdem Versuche, den Motorradtreff durch Zufahrtsverbote zu beseitigen, gerichtlich gescheitert sind. Es geht auch um soziale Vielfalt und um ein tolerantes Zu-

KULTURAUSSCHUSS

Folkwang-Fach Kirchenmusik erhalten

Die PDS-Ratsgruppe lehnt die Pläne der Landesregierung ab, das Fach Kirchenmusik von der Folkwang-Musikhochschule zur Robert-Schumann-Hochschule nach Düsseldorf zu verlagern. Ein langjähriger Traditionszweig der musischen Ausbildung an der Folkwang-Hochschule würde damit dem Sparschwein der Landesregierung zum Opfer fallen. Nach der Zwangsfusion der Universitäten Essen und Duisburg wäre das eine weitere Deformierung des Hochschulstandortes Essen durch die Landesregierung.

Es ist unverständlich, dass aus reinem Sparzwang eine gute musische Ausbildung, zumal mit hohem Traditionsgehalt für das Ruhrgebiet, aus der Folkwang-Hochschule ausgelagert werden soll. Die Schließung des Faches Kirchenmusik käme einer Amputation im Bereich Musik gleich, hat doch die Kirchenmusik eine lange Geschichte innerhalb der Folkwang-Geschichte und der Musikgeschichte überhaupt. Sie muss unbedingt Bestandteil einer hochqualifizierten Musikhochschule bleiben. Die hohe Wertschätzung des Faches Kirchenmusik durch eine breite Öffentlichkeit spiegelt sich in den zahlreichen Protesten gegen die Schließung in Essen wieder. Die PDS-Ratsgruppe hat in einem Schreiben die Landeswissenschaftsministerin Hannelore Kraft aufgefordert, von der Schließung in Essen Abstand zu nehmen. Die Lehrer und Studenten der Folkwang-Hochschule hat die PDS-Ratsgruppe über ihr Schreiben an die Landesregierung informiert und ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht.

Gabriele Giesecke

sammenleben in einer Großstadt.

Haus Scheppen ist seit Jahren der einzige Treffpunkt von Motorradfahrer/innen in Essen. Er wird bei gutem Wetter von hunderten Bikern besucht. Der Pächter des nördlichen Kioskes am Parkplatz, Rainer Adrian, weist in einem Schreiben an die Ratsparteien darauf hin, dass die meisten Besucher nicht zu den „Besserverdienenden“ gehören. Der Treff zeichnet sich gegenüber manchem Treff in anderen Städten durch Toleranz und eher geringe Probleme aus.

Um Konflikte zwischen Autofahrern, Motorradfahrern und Fußgängern zu vermeiden, ist allerdings eine Entflechtung des Parkverkehrs sinnvoll. Deshalb unterstützt die PDS den Vorschlag der Verwaltung, die Parkfläche in Plätze für Schwerbehinderte, für Autos und für Motorräder zu unterteilen und die Anzahl der Parkmöglichkeiten zu verringern. Die von der Bezirksvertretung vorgeschlagene Einrichtung einer Spielecke, an der sich Herr Adrian finanziell beteiligen will, könnte eine weitere Aufwertung des Platzes bringen.

Wolfgang Freye

→ Fortsetzung von Seite 1

Keine längere Ladenöffnung! Auch Verkäufer/innen brauchen Wochenenden

Erfreulich ist die durch den DGB Vorsitzenden Michael Sommer formulierte klar ablehnende Haltung der Gewerkschaften gegenüber längeren Ladenöffnungszeiten. Die Gewerkschaft ver.di wendet sich in einem Flugblatt „Wochen ohne Ende? Schluss jetzt“ an die Kundinnen und Kunden. Nicht die Ladenöffnungszeiten sind das Problem, stellt ver.di fest, sondern das fehlende Geld bei den Kunden. Die PDS-Ratsgruppe wird Aktionen gegen die Ausweitung der Samstags-/Sonntags-Öffnungszeiten unterstützen und die durch Sondergenehmigung geplante Ausweitung der Wochenend-Verkaufszeiten im Rat ablehnen. Wenn samstags generell bis 20.00 Uhr geöffnet werden darf, müssten die Sonntagsöffnungen ohnehin noch sorgfältiger geprüft werden. Immerhin ist nach dem derzeitigen Recht eine Sonntagsöffnung unzulässig, wenn die Läden am Samstag davor länger geöffnet wurden. Auch wenn diese Regelung vermutlich gestrichen wird, könnte der Rat in Zukunft wenigstens die Sonntagsöffnungen wieder restriktiver handhaben, wie es auch die Kirchen fordern.

Gabriele Giesecke

TERMINE

Dienstag, 21. Januar:

Lichteraktion für den Erhalt des Nöggerathbades. 17.30 Uhr, Nöggerathbad
Arbeitskreis Kinderbeteiligung E.-West. 17.30 Uhr, Treffpunkt Altendorf, Kopernikusstr. 8
Pro Asyl – Flüchtlingsrat. 19.30 Uhr, Interkulturelles Zentrum/Anti-Rassismus-Telefon, Maxstr. 11

Mittwoch, 22. Januar:

Ratssitzung. 15.00 Uhr, Rathaus

Samstag, 25. Januar:

Aktionstag der BI „Stopp A 52“. Infostände in Altenessen, Frillendorf und Stoppenberg. Kontakt: Joachim Drell (Tel. 776927), Dieter Zimek (Tel. 210461) oder Patrick Köbele (Tel. 3162365)

Montag, 27. Januar:

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Lernen aus Auschwitz – was heißt das heute? Veranstaltung zum Auschwitz-Gedenktage mit u.a. Peter Gingold (Widerstandskämpfer, VVN-BdA) und Schüler-Projekten der GS Bockmühle. 19.30 Uhr, Volkshochschule, Hollestr. 75

Montag, 3. Februar:

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Dienstag, 4. Februar:

Forum linke Kommunalpolitik: Mehr Druck auf Arbeitslose?! Auswirkungen des Hartz-Konzeptes auf kommunaler Ebene. 19.30 Uhr, Zeche Carl (Näheres siehe S. 1)

Montag, 10. Februar:

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Montag, 17. Februar:

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

**Termine von Aktionen
und Veranstaltungen gegen
einen Irak-Krieg siehe S. 4**

Sagt NEIN zum Krieg!

PDS-Ratsgruppe unterstützt „Prignitzer Appell“

Die internationale Situation spitzt sich immer mehr zu. Die USA bereiten einen Angriff auf den Irak vor, ohne dazu ein Mandat der UNO zu haben oder irgendwelche ernst zu nehmenden Beweise für das Vorhandensein von Atom- oder Biowaffen im Irak. Die PDS-Ratsgruppe hat in dieser Situation den „Prignitzer Appell“ beschlossen, eine Initiative von Kommunalpolitiker/innen aus Perleburg in Brandenburg gegen den Krieg und jede deutsche Unterstützung dafür. 2.743 Menschen haben den Appell inzwischen unterschrieben, darunter fast 800 Kommunalpolitiker/innen, auch aus den alten Bundesländern. Die PDS-Ratsgruppe ruft dazu auf, die Aktionen der Friedensbewegung zu unterstützen. Mobilisierung und Druck sind nötig, wenn man einen Krieg verhindern will, der völlig unkalkulierbare Folgen haben kann!

Offener Brief an den Bundeskanzler

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler
Gerhard Schröder,

im öffentlichen Verständnis sind kommunale Abgeordnete für die Probleme vor Ort zuständig – in den Gemeinden, Städten oder Kreisen – und die Bundesregierung für das „große Ganze“, wozu auch die Außenpolitik gehört. In den letzten Jahren haben wir jedoch immer mehr die Erfahrung gemacht, dass diese Arbeitsteilung so nicht stimmt, dass Entscheidungen, die oben getroffen werden, in vielfacher Hinsicht kommunale Belange direkt berühren. Dies gilt für die Steuer- und Finanzpolitik, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und vieles mehr.

Wir kommunalen Abgeordneten haben uns jetzt vorgenommen, uns nunmehr auch in das „große Ganze“, auch in die Außenpolitik einzumischen und uns dafür das Motto Ihres namhaften sozialdemokratischen Vorgängers im Amt, Willy Brandt, zu eigen gemacht: **„Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts.“**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Sie haben im Wahlkampf unmissverständlich klar gestellt: Deutschland wird sich an einem Krieg gegen den Irak nicht beteiligen. Viele von uns gehören der älteren Generation an und wissen aus eigenem Erleben, was Krieg bedeutet. Und auch den Jüngeren stehen die täglichen Fernsehbilder von Krieg, Gewalt und Not vor Augen. Deshalb waren wir – unabhängig der parteipolitischen Orientierung – durch Ihre Aussage beruhigt. Nun lesen wir täglich, welch hoher Druck von amerikanischer Politik auf

Deutschland ausgeht und wissen, dass auch CDU und FDP es gern sehen würden, dass die Bundesregierung von dieser Aussage abrückt. Wir bitten Sie, dies nicht zu tun und Deutschland nicht – auch nicht indirekt – in einen Krieg hinein ziehen zu lassen.

Wir sind kommunale Abgeordnete in den neuen Bundesländern, die Mehrheit von uns ist in diesem Teil Deutschlands aufgewachsen. Deswegen werden Sie verstehen, dass neben dem Grundgesetz für uns der Zwei-plus-Vier-Vertrag eine besondere Bedeutung hat. In diesem Vertrag, der die Einheit und volle Souveränität Deutschlands im September 1990 besiegelte, bekräftigten beide deutschen Staaten die Erklärung, **„dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“.**

Prignitzer Appell

Wir, die Unterzeichner/innen, appellieren an die Bundesregierung,

- den Vereinigten Staaten für den Fall eines Krieges gegen den Irak keine Überflugrechte für Militärflugzeuge über deutsches Territorium zu gestatten und ebenfalls nicht zuzulassen, dass amerikanische Militärbasen in Deutschland für den Krieg genutzt werden. Der Artikel 26 des Grundgesetzes, der Zwei-plus-Vier-Vertrag und ebenso die Charta der Vereinten Nationen begründen dieses rechtliche Verständnis.
- ein deutliches Zeichen gegen den Krieg zu setzen und die ABC-Spürpanzer aus dem Kuwait zurück zu ziehen.

AUFSTEHEN FÜR DEN FRIEDEN!

Kundgebung gegen den drohenden Irak-Krieg in Essen

Angesichts der massiven Kriegsvorbereitungen gegen den Irak ruft das Essener Friedens-Forum auf, alles zu tun, um das drohende Unheil zu stoppen, bevor es in Gang gesetzt wird.

Alle wissen, dass die Entfesselung des geplanten Krieges durch die Bush-Regierung unabsehbare Auswirkungen weit über die Nahostregion und den Anlass hinaus haben wird. Er wird nicht allein Leben und Gesundheit von Hunderttausenden akut bedrohen und die Einsatzschwelle für atomare, chemische und biologische Waffen senken. Er wird einschneidend zur nachhaltigen Zerstörung der Grundlagen für eine friedliche, sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung beitragen.

Damit das Nein der Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland politische Wirkung zeigen kann, ruft das Essener Friedens-Forum alle kriegskritischen Menschen, Initiativen und Gruppierungen in Essen auf, sich an der Kundgebung für den Frieden am 1. Februar 2003 zu beteiligen.

Weitere friedenspolitische Aktivitäten und Termine werden auf der Kundgebung mitgeteilt und sind bei den Treffen des Essener Friedensforums sowie im Internet zu erfahren unter www.friedensforum-essen.de.

**Samstag, 1. Februar 2003,
11.00 – 14.00 Uhr,
Porschekanzel/Marktkirche**

Es sprechen: Eckart Löser (DGB-Kreisvorsitzender), Helmut Keus (Superintendent der Ev. Kirche), Muhammed Balaban (Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt Essen), Nasser Kakhzas (Jurist, politischer Emigrant aus dem Iran), Irene Dulz (Flüchtlingsrat NRW), attac Essen

Weitere Termine gegen den Irak-Krieg

Dienstag, 28. Januar Krieg ist Frieden – Über Bagdad, Srebrenica, Kabul nach ... Bagdad.

Diskussionsveranstaltung von Hannah-Arendt-Bildungswerk, Zeche Carl, Antifaschistischem Forum Essen Stadtteilbüro Zeche Carl, Pro Asyl/Flüchtlingsrat, Anti-Rassismus-Telefon, Forum für Internationale Friedensarbeit, PDS, Pro Asyl u.a. mit Wolf Wetzel, Autor des gleichnamigen Buches.
19.30 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Mittwoch, 29. Januar Gemeinsam aufstehen für den Frieden.

Konferenz des Essener Friedens-Forums zu anstehenden Aktionen, u.a. zum „Tag X“. 19.00 Uhr, Volkshochschule Essen, Hollestr. 75

Samstag, 15. Februar Großdemonstration gegen einen Krieg gegen den Irak in Berlin.

Das Essener Friedens-Forum und das attac-Netzwerk wollen Busse organisieren. Abfahrtszeiten und Fahrtkosten werden noch bekannt gegeben.

Bestellschein: Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das **STADTROTINFO** kostenlos und unverbindlich an folgende Anschrift:

Name, Vorname

Straße

PLZ / Ort

(Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201 / 860 29 04)